



Die Kantonsräte beschäftigen sich gestern im Rathaus Weinfelden mit einer Menge Zahlen: Traktandiert war das Budget 2018.

Bild: Andrea Stalder

Velofachstelle wird halbiert

Weinfelden An einer ganztägigen Sitzung arbeitet der Thurgauer Grosse Rat das Budget des Kantons durch. Grösster Diskussionspunkt ist die Fachstelle Langsamverkehr. Ein Antrag auf Steuerfusserhöhung wird abgelehnt.

Larissa Flammer
larissa.flammer@thurgauerzeitung.ch

«Die Fachstelle ist die Schwachstelle im Budget», brachte es Urs Schär (SVP, Langrickenbach) auf den Punkt. Das Budget des Tiefbauamts sorgte wegen der neu geplanten Fachstelle Langsamverkehr für grosse Diskussionen an der gestrigen Sitzung des Grossen Rats im Rathaus Weinfelden. Die eine Seite argumentierte damit, das Konzept Langsamverkehr bleibe ohne richtige Fachstelle ein zahlloser Papiertiger. Die andere Seite erwiderte, das Tiefbauamt mit seinen 37 Stellen müsse die zusätzliche Aufgabe mit dem bisherigen Personal bewältigen können.

Gleich zwei Anträge wurden gestellt. Beat Rüedi (FDP, Kreuz-

lingen) wollte das Budget um 50 000 Franken kürzen und damit nur eine 50-Prozent-Stelle für den Langsamverkehr schaffen, Urs Schär wollte das Budget um 100 000 Franken kürzen und die zusätzliche Stelle damit ganz verhindern. Die Kantonsräte konnten erst entscheiden, über welchen Antrag sie abstimmen wollen, und sagten schliesslich mit 63 zu 52 Stimmen Ja zum Antrag Rüedi. Die Fachstelle Langsamverkehr wird also voraussichtlich mit weniger Stellenprozent als geplant auskommen müssen.

Steuerfuss bleibt auf 117 Steuerprozent

Der Grosse Rat befürwortete den Voranschlag für das Jahr 2018 mit einem Ertragsüberschuss von

über zwei Millionen Franken in der Erfolgsrechnung und einem Ausgabenüberschuss von über 53 Millionen Franken in der Investitionsrechnung. Der Steuerfuss wird auf 117 Steuerprozent belassen. Ein Antrag von Joe Brägger (GP, Amriswil), der den Steuerfuss auf 120 Steuerprozent erhöhen wollte, hatte keine Chance. 93 Kantonsräte stimmten für 117 Steuerprozent, nur 24 für eine Steuerfusserhöhung.

Die Grünen wollten mit einer Erhöhung den Staatshaushalt längerfristig auf Kurs halten. Der Kanton lebe von seinen Reserven, so ihre Argumentation. «Ansonsten wird es unweigerlich zu einem dritten Sparprojekt kommen», sagte Brägger. Unterstützt wurden die Grünen bei ihrem Antrag durch die SP und

Gewerkschaften. Sowohl SVP als auch FDP waren klar dagegen. Finanzdirektor Jakob Stark sagte zum Antrag: «Die Regierung ist erfreut, dass die SP und die Grünen ihr mehr Geld geben wollen.» Es sei aber nicht nötig, weshalb er eine Steuerfusserhöhung nicht empfehle.

Geld für neuen Standort des Historischen Museums

Thematisiert wurde in der Diskussion über das Budget auch der Standort des Historischen Museums. Nina Schläfli (SP, Kreuzlingen) sprach den im Budget erwähnten Platzmangel in den Depots an. «Wir haben tatsächlich eine sehr ungenügende und unbefriedigende Depotsituation», sagte Regierungsrätin Monika Knill. Die Frage sei in Abklärung

und «sehr prioritär». Zurzeit besteht ein Marschhalt für die Planung des zukünftigen Standorts des Historischen Museums, weshalb mehrere Kantonsräte darüber erstaunt waren, im Budget des Hochbauamts unter dem Punkt Planungen und Projektvorbereitungen 1,46 Millionen Franken für das Historische Museum im Schloss Frauenfeld und 1,6 Millionen Franken für den neuen Standort zu finden. «Wir fragen uns nun, ob wir in Arbon weiterplanen sollen», sagte Patrick Hug (CVP, Arbon). «Der Marschhalt gilt», beruhigte Baudirektorin Carmen Haag. Die beiden Beträge seien gewissermassen Platzhalter, falls die Planungen 2019 weitergeführt werden können. «Wir werden den Standort Arbon nicht vergessen», betonte sie.



Pascal Schmid, SVP-Kantonsrat (Weinfelden). Bild: Reto Martin

Gsaat isch gsaat

«Das scheint ein Arbon-Problem zu sein.»

Walter Marty (SVP, Altishausen) hat zum Historischen Museum nichts zu sagen.

«Man kann dem Pferd, das den kantonalen Finanzhaushalt zieht, nicht immer weniger zu Essen geben.»

Joe Brägger (GP, Amriswil) will den Steuerfuss erhöhen.

«Da hat die Sachlichkeit den Hunger überwogen.»

Grossratspräsidentin Heidi Grau kommentiert ein längeres Votum von Regierungsrat Jakob Stark nach 12 Uhr.

Journal

Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen

Der Grosse Rat stimmte der Gesetzesänderung über die Familienzulagen in der Schlussabstimmung mit 118 Ja und 1 Nein-Stimme zu. Damit wird der Maximalbeitrag von Nichterwerbstätigen von heute 20 auf höchstens 50 Prozent der AHV-Jahresbeiträge erhöht. (lsf)

Hefenhofen: Mehr Personal

Tierschutz Bei der Diskussion über das Budget des Veterinär-amts thematisierte GP-Kantonsrätin Marion Theler (Bottighofen) den Tierschutzfall in der Gemeinde Hefenhofen. Das Amt habe den Fall nie in den Griff bekommen, obwohl sie selber die Behörden bereits vor mehreren Jahren auf den Betrieb von Ulrich K. aufmerksam gemacht habe. «Das lässt zwei Schlüsse zu: Entweder liegt es an der Unfähigkeit der Verantwortlichen oder an einer Unterbesetzung im Veterinär-amt», sagte sie.

Falls der Bericht der externen Untersuchungskommission zeige, dass das Veterinär-amt Fehler gemacht habe, erwartet Marion Theler vom Kanton, dass er im

Budget 2019 das Personal des Veterinär-amts nach oben anpasst. «Die Tierschutzkontrollen müssen im gesetzlichen Rahmen durchgeführt werden können», betonte sie. Dieses Thema wurde auch in der Subkommission



Walter Schönholzer, Regierungsrat, Chef DIV. Bild: Andrea Stalder

diskutiert, wie GFK-Präsident Walter Marty (SVP, Altishausen) sagte.

«Ich kann ihnen versichern, dass die Tierschutzkontrollen korrekt stattfinden», erwiderte der zuständige Regierungsrat Walter Schönholzer. Nur seien diese schwierig umzusetzen, wenn man es mit querulatorischen Tierhaltern zu tun habe. «Der Fall Hefenhofen hat gezeigt: Wenn sich die Behörde an die Regeln hält und es gleichzeitig mit einem querulatorischen Tierhalter zu tun hat, kommt sie immer zu spät», so der Regierungsrat. Der Bericht der Untersuchungskommission werde aufzeigen, ob und falls ja, wo Mängel bestehen. (lsf)

Wo die Thurgauer Jäger das Schiessen üben sollen

Standort Laut Jagdgesetz sind ab 1. Januar 2018 alle Jäger verpflichtet, die Treffsicherheit mit ihren Waffen unter Beweis zu stellen. Das können sie im Kanton Thurgau zurzeit nur in der Jagdschiessanlage in Weinfelden. Weil diese aber im Hochwasserprofil der Thur liegt und nicht mit dem geplanten Thurrichtprojekt zu vereinbaren ist, muss sie bis 2020 aufgehoben werden. «Und was nun?», fragt deshalb SVP-Kantonsrat Paul Koch (Oberneunforn) in einem parlamentarischen Vorstoss.

Schon vor einigen Jahren seien für mehrere zehntausend Franken verschiedene Standorte im Kanton für einen speziellen Jagdschiessstand geprüft wor-

den, schreibt Koch in seiner einfachen Anfrage weiter. Der SVP-Kantonsrat will wissen, ob diese Ergebnisse nun unerledigt in einer Schublade lägen, «oder hat der Kanton einen neuen Standort für den Thurgauer Jagdschiessstand gefunden, damit die Jäger im eigenen Kanton den sicheren Umgang mit Jagdwaffen üben und ihren gesetzlich vorgeschriebenen Treffnachweis schiessen können?». Ein spezieller Schiessstand für Jäger ist deshalb nötig, weil dort auch auf bewegliche Ziele geschossen werden kann.

Schliesslich will Koch wissen, was geschieht, wenn der Stand in Weinfelden aufgehoben wird und noch kein neuer Standort zur Verfügung steht. (ck)